

145. Bergedorfer Gesprächskreis

## Grenzen der Macht. Europa und Amerika in einer neuen Weltordnung

9.–11. März 2010, Meridian International Center, Washington, D.C.

### ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION

Diese Zusammenfassung enthält die Punkte der Diskussion, die wir für den aktuellen politischen Diskurs als besonders relevant erachten. Eine redigierte und autorisierte Fassung der gesamten Diskussion wird im 145. Bergedorfer Protokoll veröffentlicht.

#### I. Die transatlantischen Beziehungen

Viele Teilnehmer waren sich einig über die **globale Bedeutung der transatlantischen Beziehungen**. Keine globale Anstrengung könne ohne das Engagement der USA und Europas Erfolg haben. Je stärker die transatlantischen Beziehungen, desto größer der Wille anderer, westliche Grundsätze zu übernehmen. Allerdings sei die transatlantische Partnerschaft im Augenblick **eher schwach**. Ein Teilnehmer sprach von einer »Phase der Ernüchterung« nach den »goldenen 90er Jahren«. Ein anderer kritisierte, dass Präsident Obama nach dem Motto »Trips for Troops« von Europa nichts anderes wolle als Truppen für **Afghanistan**; es sei aber falsch, Afghanistan zum zentralen Thema der transatlantischen Beziehungen zu machen. Andere widersprachen: Obama reduziere die europäischen Verbündeten keineswegs auf ihre Rolle als Truppensteller. Sein Motto sei eher: »Mit der Macht kommt auch die Verantwortung.« Ein Teilnehmer brachte die Idee einer »Transatlantischen Charta« zwischen den USA und der EU auf, die alle für das transatlantische Verhältnis wichtigen Themen umfassen solle.

#### II. Der Westen

Die These vom **Niedergang des Westens** wurde kontrovers diskutiert. Einige Teilnehmer sahen im Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen den besten Beweis dafür, dass der Westen keine **moralische Vormachtstellung** mehr innehatte. Vielmehr müsse er den Nutzen seiner Werte immer wieder aufs Neue beweisen. Beispielsweise seien **Liberalismus** und **Demokratie** in den Augen der restlichen Welt keine notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum mehr. Auch könne der Westen **globale Probleme** wie den Klimawandel oder die Regulierung der Finanzmärkte nicht alleine bewältigen; wenn es aufgrund unterschiedlicher Interessen nicht möglich sei, sich mit **China** oder **Russland** auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen, solle er sich auf **Bündnisse mit »Swing States«** wie Pakistan, Ukraine oder Türkei konzentrieren. Andere hielten die These vom Niedergang des Westens generell für unbegründet. Der Westen sei noch nie in der Lage gewesen, die globalen Probleme alleine zu lösen; auch könne man wirtschaftlich

und militärisch nicht von einem Niedergang sprechen. **Diversität** und **Pluralismus** des Westens seien eine Quelle der Stärke. Das Erbe des Westens – der **Universalismus der Werte** – sei immer noch für die restliche Welt attraktiv.

### III. Russland und der Westen

Ein Teilnehmer argumentierte, dass Russland nicht in den Westen, sondern in erster Linie **nach Europa** strebe und dort einen Platz brauche. Die Verflechtung zwischen der EU und Russland werde weiter zunehmen. Durch die zukünftige Erschließung von **Schiefergasvorkommen** werde Europa auf weite Sicht zum einzigen Markt für russisches Gas. Eine »**russische Option**« für Deutschland oder Europa als Alternative zu den transatlantischen Beziehungen wurde allerdings nicht gesehen. Andere warfen ein, dass eine Integration Russlands unmöglich sei. Zum einen gebe es keine gemeinsame Russlandpolitik der EU und der USA; zum anderen mache der Widerspruch russischer und westlicher Interessen eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur unmöglich. Dennoch forderten einige, die **NATO** solle Russland die Mitgliedschaft in Aussicht stellen.

### IV. Non-Proliferation und nukleare Abrüstung

Ein Teilnehmer sah die größte Herausforderung für das Nicht-Verbreitungs-Regime darin, dass regionale Mächte wie Iran, Brasilien, Südafrika, die Türkei oder Ägypten nicht offen nach einer Atombombe strebten, sondern nach der Fähigkeit, zügig die für eine Atombombe nötige Menge an Uran anzureichern. In diesem Sinn seien **Zentrifugen »die neuen Bomben«**. Dadurch komme es zur Proliferation von Nukleartechnologie, ohne den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu verletzen. Vor diesem Hintergrund müsse über neue Regeln und Zwangsmechanismen nachgedacht werden. Die anstehende **NVV-Überprüfungskonferenz** sei damit jedoch überfordert. Es sei schon ein Erfolg, wenn sie nicht in einem Desaster ende wie die letzte Konferenz 2005. Andere Teilnehmer warnten, dass die Verbreitung von **ballistischen Langstreckenraketen** oder von **biologischen Waffen** eine ebenso große Herausforderungen sei wie die der Nuklearwaffen selbst. Uneinigkeit herrschte über den Abzug der **taktischen Nuklearwaffen** der USA von deutschem Territorium. Einige Teilnehmer forderten, dass man zunächst darüber diskutieren müsse, welchen Beitrag diese Waffen für die **Doktrin nuklearer Abschreckung** im 21. Jahrhundert spielen. Andere meinten, dass es die taktischen Nuklearwaffen für die **Rückversicherung** beispielweise der osteuropäischen NATO-Mitglieder gegenüber Russland nicht brauche. Unilaterale Schritte wurden weithin abgelehnt.

### V. Iran

Es bestand weitgehend Einigkeit, dass sowohl eine iranische Bombe als auch ein Angriff auf Iran ein Desaster wären. Ein nuklear bewaffneter Iran würde eine regionale Proliferationsspirale in Gang setzen und Israel schwächen. Ein militärisches Eingreifen hätte Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA, eine Destabilisierung Afghanistans und des Iraks sowie einen steilen Anstieg des Ölpreises zur Folge. **Ernsthafte Verhandlungen** seien daher die einzige Lösung. Hierfür sei jedoch **strategische Geduld** nötig. Zeitbeschränkungen oder Fristen seien für einen solchen Ver-

handlungsprozess kontraproduktiv. Ein Teilnehmer schlug vor, die Ziele der Verhandlungen anzupassen. Statt einer **Suspendierung der Anreicherung** solle der Westen auf **objektive Garantien** drängen. Beispielsweise könnte die kontrollierte Anreicherung durch ein internationales Joint Venture auf iranischem Gebiet akzeptabel sein, wenn sich der Iran dem Zusatzprotokoll des NVV unterwerfe. Um die Ernsthaftigkeit des Iran zu testen, solle der iranische Vorschlag für die Lieferung von Brennelementen für den **Teheraner Forschungsreaktor** angenommen werden.

Ernsthafte Verhandlungen könnten durchaus von **Sanktionen** begleitet werden. Allerdings seien Sanktionen durch eine **Koalition der Willigen** weniger effektiv als Sanktionen des UN-Sicherheitsrates, selbst wenn diese durch China verwässert würden. Entscheidend für die Wirksamkeit sei das politische Signal an Iran durch die **Einstimmigkeit im UN-Sicherheitsrat**. Überwiegend herrschte Skepsis, ob Sanktionen Iran zu einer Änderung seiner Politik bewegen könnten. Mindestens ebenso hoch sei das Risiko, dass sie zu einer Solidarisierung der iranischen Bevölkerung mit dem Regime führen und den Prozess der Nuklearisierung noch beschleunigen würden. Wenn aber Sanktionen nicht funktionierten und man die militärische Option ausschließen wolle, müsse der Westen Strategien gegenüber einem **nuklearen Iran** entwickeln. Das bedeute, über Konzepte zur **Abschreckung und Eindämmung** nachzudenken und darüber, Israel mit einer **Zweitschlagfähigkeit** auszustatten. Einige Teilnehmer bezweifelten generell den Sinn weiterer Verhandlungen, da die iranische Führung offenbar nicht an einer **umfassenden Lösung** oder ernsthaften Verhandlungen interessiert sei. Deswegen müsse die **militärische Option** auf dem Tisch bleiben.

## VI. Afghanistan

Die **neue US-Strategie** wurde als eine vielversprechende Kombination bewährter Methoden zur Aufstandsbekämpfung bezeichnet. Es dürfe aber nicht übersehen werden, dass sie zunächst auch mehr Opfer für die westlichen Truppen bedeute. Das Jahr 2010 sei strategisch entscheidend, weil von 2011 an die Zahl der westlichen Truppen reduziert würde. Dem wurde entgegengehalten, die USA würden einen substantiellen Abzug ihrer Truppen ab 2011 nur dann in Erwägung ziehen, wenn es deutliche Fortschritte bei der Stabilisierung Afghanistans gebe. Darüber gebe es in den USA einen vergleichsweise großen politischen Konsens. Ohne sichtbare Fortschritte werde es höchstens zu symbolischen Schritten zur **Reduzierung des US-Engagements** kommen.

Ganz anders stellte sich in der Diskussion die politische Lage in **Deutschland** dar. Positiv vermerkt wurde, dass der vergleichsweise große **außenpolitische Konsens** angesichts einer überwiegend ablehnenden Haltung in der Bevölkerung bisher gehalten habe. Ein Teilnehmer äußerte aber auch die Sorge, dass der Deutsche Bundestag 2011 für einen völligen **Abzug der deutschen Truppen** stimmen könnte, wenn bis dann keine wesentlichen Fortschritte gemacht worden seien. Einige forderten für die deutsche Afghanistan-Mission einen ähnlichen Bericht wie den von General McChrystal, um die **strategische Debatte** in Deutschland anzustoßen.

---

### Impressum

Koordination Dr. Klaus Wehmeier, Dr. Thomas Paulsen  
Redaktion Bernhard Müller-Härlin  
Kontakt [www.bergedorfer-gespraechskreis.de](http://www.bergedorfer-gespraechskreis.de)

INITIATOR

**Dr. Kurt A. Körber**

VORSITZENDER

**Dr. Richard von Weizsäcker**  
Bundespräsident a.D., Berlin

DISKUSSIONSLEITER

**Botschafter Wolfgang Ischinger**  
Vorsitzender, Münchner Sicherheitskonferenz,  
München

TEILNEHMER

**Niels Annen**

Mitglied, SPD-Parteivorstand, Berlin

**Prof. Dr. Stephan Bierling**

Prorektor und Professor für Internationale Politik  
und Transatlantische Beziehungen, Universität  
Regensburg

**Prof. Dr. Zbigniew Brzezinski**

Counsellor und Trustee, Center for Strategic and  
International Studies; ehem. Nationaler Sicherheits-  
berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten,  
Washington, D.C.

**Botschafter James F. Dobbins**

Direktor, Center for International and Defense Policy,  
RAND Corporation, Washington, D.C.

**Dr. Karen Donfried**

Executive Vice President, The German Marshall Fund  
of the United States, Washington, D.C.

**Klaus-Dieter Frankenberger**

Ressortleiter Außenpolitik, Frankfurter Allgemeine  
Zeitung, Frankfurt a. M.

**Dr. Horst Freitag**

Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in  
den Vereinigten Staaten, New York

**Prof. Dr. Daniel S. Hamilton**

Direktor, Center for Transatlantic Relations, Paul  
H. Nitze School of Advanced International Studies,  
Johns Hopkins University, Washington, D.C.

**Dr. Fiona Hill**

Direktorin, Center on the United States and Europe,  
Brookings Institution, Washington, D.C.

**Dr. Robert Kagan**

Senior Associate, Carnegie Endowment for Inter-  
national Peace, Washington, D.C.

**Parag Khanna**

Senior Research Fellow, American Strategy Program,  
New America Foundation, New York

**Hans-Ulrich Klose, MdB**

Stellv. Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss,  
Deutscher Bundestag, Berlin

**Hubert Knirsch**

Leiter, Büro Bundespräsident a.D. Dr. Richard von  
Weizsäcker, Berlin

**Philipp Mißfelder, MdB**

Außenpolitischer Sprecher, CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

**Kerstin Müller, MdB**

Außenpolitische Sprecherin, Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag,  
Berlin

**Baroness Pauline Neville-Jones**

Schattenministerin für Sicherheit, Nationale Sicher-  
heitsberaterin des Oppositionsführers, House of  
Lords, London

**Dr. Thomas Paulsen**

Leiter Internationale Politik, Körper-Stiftung, Berlin

**Dr. George Perkovich**

Direktor, Nuclear Policy Program, Carnegie Endow-  
ment for International Peace, Washington, D.C.

**Prof. Dr. Volker Perthes**

Direktor, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP),  
Berlin

**Ruprecht Polenz, MdB**

Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss, Deutscher  
Bundestag, Berlin

**Botschafter Janusz Reiter**

Direktor, Center for International Relations,  
Warschau

**Botschafter Dr. Klaus Scharioth**

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den  
Vereinigten Staaten, Washington, D.C.

**Christian Schmidt, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministe-  
rium der Verteidigung, Berlin

**Dr. Jamie Patrick Shea**

Leiter Planungsstab, Generalsekretariat, Nord-  
atlantikpakt Organisation (NATO), Brüssel

**Dr. Anne-Marie Slaughter**

Leiterin Planungsstab, U.S. Department of State,  
Washington, D.C.

**Prof. Dr. Richard Smyser**

Professor für Diplomatie und Europäische Studien,  
Georgetown University, Washington, D.C.

**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**

Helmut Schmidt Fellow, Transatlantic Academy,  
Washington, D.C.

**Dr. Bruno Tertrais**

Senior Research Fellow, Fondation pour la recherche  
stratégique, Paris

**Dr. Richard von Weizsäcker**

Bundespräsident a.D., Berlin

**Dr. Klaus Wehmeier**

Stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Körper-Stiftung,  
Hamburg

**Prof. Dr. Samuel Wells**

Senior Scholar, Woodrow Wilson International  
Center for Scholars, Washington, D.C.